

Bundesverband BI gegen SuedLink | Im Graben 5 | 36151 Burghaun

Bundesnetzagentur
Netzentwicklungsplan/Umweltbericht
Postfach 80 01
53105 Bonn

E-Mail: nep-ub-2019-2030@bnetza.de

Burghaun, 2019-10-14

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit nehmen wir die Möglichkeit der Stellungnahme zum 2. Entwurf des NEP 2030 (2019) wahr und stimmen einer Veröffentlichung durch die Bundesnetzagentur zu.

Stellungnahme zum Netzentwicklungsplan 2030 (2019), 2. Entwurf

Allgemein

Der Bundesverband der Bürgerinitiativen gegen SuedLink (BBgS) begleitet nunmehr seit fünf Jahren das Planungsverfahren SuedLink. Vor diesem Hintergrund und im Interesse unserer Mitglieder, vor allem derer, die nach wie vor von diesem Großprojekt betroffen sind, stellen wir auch den 2. Entwurf des NEP 2030(2019) infrage, da er nicht geeignet scheint den Anforderungen an das Energienetz der Zukunft zu entsprechen, das - dem Zielsystem der Energiewende folgend – hauptsächlich durch Sektorenkopplung und Integration von Speichertechnologien geprägt sein muss. Der Kohleausstieg und das eben verabschiedete Klimaschutzpaket sind wesentliche Faktoren zur Umsetzung der Energiewende und erst wenn dies in den Szenariorahmen Berücksichtigung findet und der Netzentwicklungsplan dementsprechend angepasst wird, kann eine objektive Beurteilung und Kommentierung erfolgen.

Eine grundlegende Überarbeitung und Neuausrichtung des NEP ist aus ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten zwingend erforderlich. Die Erörterungstermine im Rahmen der Bundesfachplanung zu SuedLink haben deutlich gezeigt, dass von den zuständigen Übertragungsnetzbetreibern TenneT und TransnetBW, der beauftragten ARGE-SuedLink und der BNetzA gleichermaßen unterschätzt wird, dass der Bau dieser HGÜ-Leitung höchst risikobehaftet ist. Unkalkulierbar im Hinblick auf die negativen Auswirkungen auf die unterschiedlichen Schutzgüter (Mensch, Tier, Pflanzen, Boden, Wasser, Umwelt etc.) und bereits jetzt durch steigende Kosten (teurer als Speichertechnologien) geprägt, wird bei der Erstellung des NEP zusätzlich außer Acht gelassen, dass ein dramatischer Umbruch im gesamten Energiesystem stattfindet.

Die Marktdominanz der Energiekonzerne E.ON und RWE nimmt durch die Neuausrichtung der Geschäftsfelder weiter zu. Nicht nur regionale Stadtwerke und Stromanbieter warnen vor negativen Auswirkungen auf den Wettbewerb und die künftige Strompreisentwicklung. Trotz Liberalisierung des Strommarktes vor 20 Jahren ist der Strompreis für Privathaushalte inzwischen um ca. 60% gestiegen und wird zunehmend zur finanziellen Belastung. Getrieben durch Steuern, Abgaben und Netzentgelte ist Deutschland inzwischen Spitzenreiter in der EU.

Die Bundesregierung ist nach wie vor nicht in der Lage ein tragfähiges Konzept für Klima- und Umweltschutz zu erstellen. Förderprogramme werden nach dem Gießkannenprinzip verteilt, Technologieoffenheit zunehmend blockiert. So wie vor Jahren in der Solarbranche, fallen derzeit tausende Arbeitsplätze in der Windbranche falschen politischen Entscheidungen zum Opfer. Vom Bundesrechnungshof wird das Bundeswirtschaftsministerium regelmäßig wegen der unkoordinierten und mangelhaften Umsetzung der Energiewende kritisiert. Viele Umwelt- und Naturschutzverbände warnen, dass unter diesen Voraussetzungen die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens nicht erreicht werden können. Ein (erst unter dem Druck der Jugendproteste) halbherzig erstelltes Klimaschutzpaket zeigt erneut die Unfähigkeit der Regierung, die richtigen Weichen zu stellen. Ab 2020 wird Deutschland millionenschwere Strafzahlungen leisten müssen, ab 2021 droht zusätzlich ein EU-Vertragsverletzungsverfahren, denn mit dieser Politik verfehlen wir krachend unsere Klimaziele.

Die Bundesnetzagentur, als Regulierungsbehörde des Energiemarktes in Deutschland, ist dafür ebenfalls mitverantwortlich. Sie rühmt sich, diskriminierungsfreien und somit fairen Wettbewerb für alle Marktteilnehmer sicherzustellen, obwohl gerade seit Einführung neuer Ausschreibungsverfahren der Ausbau der Windenergie an Land zunehmend zum Stillstand kommt. Der Netzentwicklungsplan wird auf zentralistische Erzeugungsanlagen der Großkonzerne ausgerichtet – TenneT plant bereits Energieinseln in der Nordsee - den zusätzlichen Stromleitungsbau für den Export muss wieder die Allgemeinheit finanzieren. Der dezentralen Energiewende wird hingegen systematisch der Boden entzogen, durch ausufernde Bürokratie und auslaufende EEG-Förderung für Bestandsanlagen.

So schreibt die Bundesnetzagentur anlässlich ihres 20-jährigen Jubiläums: *„Moderne Energie-Kommunikations- und Transportnetze sind die Lebensadern, die die Menschen tagtäglich versorgen. Ohne sie ist eine prosperierende, arbeitsteilige Wirtschaft undenkbar. Von ihrer Leistungsstärke hängt die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands als erfolgreiches Exportland ab. Infrastrukturen ermöglichen Marktmacht.“*

Die Interessen der Öffentlichkeit sind oftmals nicht mit denen von Unternehmen, Politik und Großindustrie vereinbar und den Kindern und Jugendlichen der Fridays-for-Future Bewegung ist es zu verdanken, dass das Thema Klima- und Umweltschutz endlich die Aufmerksamkeit erfährt, die dringend notwendig ist, um unseren Planeten nachhaltig zu schützen. Vor Klimakatastrophen, Naturvernichtung und dem Wahn, dass „immer höher und immer weiter“ – im aktuellen Fall ein überdimensioniertes Stromleitungsnetz – das Maß aller Dinge sein sollte. Verwöhnt durch riesige Exportkapazitäten und sprudelnde Einnahmen für die Steuerkasse, geraten Energieerzeugung und Verbrauch aus dem Gleichgewicht. Marktmacht oder partnerschaftliches Miteinander bei der Neuausrichtung des Energiemarktes?

Stromhandel/Export oder Klimaschutz? Letztendlich haben wir keine Wahl, denn die Energiewende bleibt für uns alle alternativlos.

Durch optimierte Öffentlichkeitsarbeit möchte die Bundesnetzagentur angeblich die Akzeptanz für den Stromleitungsbau erhöhen. Doch Informationsveranstaltungen zum NEP wurden (angeblich aus Mangel an Interesse) abgesagt und die verbleibenden Termine deckungsgleich zu den Erörterungsterminen zu SuedLink anberaumt. Für viele Engagierte ist die Teilnahme zusätzlich mit dem Verlust eines Urlaubstages verbunden. Die Stellungnahmen im Konsultationsverfahren - unter erheblichem Zeitaufwand sorgfältig recherchiert, mit vielen offenen Fragen vor allem bezüglich der HGÜ-Leitungen - werden von der Bundesoberbehörde zur Kenntnis genommen aber weitestgehend ignoriert. Von einem Mitbestimmungsrecht sind wir weit entfernt. Im Gegenteil, der Präsident der Bundesnetzagentur setzt sich öffentlich dafür ein, Bürgerbeteiligung erst dann zuzulassen, wenn Maßnahmen und Technik feststehen. Unter diesen Voraussetzungen kann man nicht von Desinteresse der Bürger/innen sprechen, sondern von bewusster Ausgrenzung im Entscheidungsprozess durch Politik, Bundesnetzagentur und Übertragungsnetzbetreiber.

Szenariorahmen, Netzentwicklungsplan, TYNDP

Ein bedarfsgerechter Netzentwicklungsplan liegt immer im Interesse der Öffentlichkeit, denn er legt die Stromnetzplanung der nächsten Jahre fest. Einmal im Bundesbedarfsplan verankert, wird eine spätere Korrektur höchst unwahrscheinlich, auch wenn sich die Rahmenbedingungen ändern.

Die Übertragungsnetzbetreiber sind vorrangig damit beauftragt, für eine stabile und sichere Stromübertragung im deutschen Höchstspannungsnetz zu sorgen. Allerdings ist der größtmögliche Netzausbau ein lukratives Geschäft ohne Risiko. Es stellt sich HEUTE die Frage, wie die sichere Energieversorgung auch künftig gewährleistet werden kann, ohne Kernenergie und ohne Kohleverstromung. Weder die Szenariorahmen, noch der darauf basierende NEP werden auf dieses energiepolitische Ziel hin überzeugend ausgerichtet. Daher ist eine Kommentierung letztendlich überflüssig.

- Es gibt keinen Ziel-Szenariorahmen – ohne Atomstrom, ohne Kohlestrom
- Ein Netzentwicklungsplan ohne konsequente Berücksichtigung der Sektorenkopplung ist nicht zukunftsorientiert
- Ohne Zusammenführung von NEP-Strom und NEP-Gas ist keine sinnvolle Planung der Netzinfrastruktur möglich
- Es gibt keine räumliche Zuordnung von Energieerzeugung und Verbrauch
- Die Rolle der Verteilnetze wird nicht gebührend berücksichtigt, obwohl hier der Hauptanteil (über 95%) der Erneuerbaren Energien (EE) eingespeist und verteilt wird
- Die ÜNB sind nicht befähigt die Energiewende zu planen, da sie kein Interesse an netzreduzierenden Maßnahmen haben und letztendlich nur einen Bruchteil des Energiesektors (im Rahmen der Sektorenkopplung) abbilden.

- Der wirtschaftliche Nutzen der Speichertechnologien wird den Kosten der HGÜ-Leitungen nicht gegenübergestellt
- Die BNetzA hat nicht die geeignete Behördenstruktur um für die Energiewende förderliche Entscheidungen zu treffen, die volkswirtschaftlich vertretbar wären

Auch der TYNDP der europäischen Übertragungsnetzbetreiber ist auf den größtmöglichen Handel mit Strom ausgelegt. In den führenden Dokumenten wird fälschlicher Weise nur von EE gesprochen und man suggeriert, dass alle europäischen Nachbarländer den Weg der Energiewende mitgehen. Osteuropäischen Kohleländern den Zugang zu unseren Übertragungsnetzen durch massiven Netzbau zu erleichtern ist kontraproduktiv zur Energiewende und ergibt keinen Sinn vor dem Hintergrund des deutschen Kohleausstiegs in spätestens 2038. Die zentrale Lage Deutschlands macht uns zum größten Strom-Transitland innerhalb der EU. Die Kosten für gigantische HGÜ-Leitungen wie SuedLink werden hingegen der Allgemeinheit aufgebürdet. Die Netzkosten steigen kontinuierlich, durch Umverteilung bzw. Neuregelungen (aktuell Wind-Offshore-Umlage) und durch geschwärzte Geschäftsberichte wird die Berechnung der Netzentgelte zunehmend intransparenter und somit nicht mehr nachvollziehbar.

Dass Maßnahmen im NEP von der BNetzA als nicht bestätigungsfähig erachtet wurden kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Behörde die Augen vor diesen für die Volkswirtschaft verheerenden Entwicklungen verschließt und anscheinend ihrer Aufgabe als Regulierungsbehörde nicht gerecht wird. In einer aktuellen Studie fordert auch die Agora Energiewende eine grundlegende Reform der Netzentgelte.

Langfristig beabsichtigt TenneT 25 Milliarden in das deutsche Stromnetz zu investieren, unter den oben genannten Gesichtspunkten ein lohnenswertes Unterfangen. Das Unternehmen braucht indes für seine ambitionierten Geschäftsziele dringend frisches Kapital. Ende Juni beliefen sich die Schulden laut Presseberichten immerhin auf 10 Milliarden Euro. Überlegungen stehen im Raum TenneT zu privatisieren oder Anteile des Deutschland-Geschäfts zu verkaufen um das Eigenkapital der Firma aufzustocken. Man hofft auf das Interesse von Infrastruktur-Investoren, Versicherern oder Pensionsfonds und ist alternativ auch mit dem Bundeswirtschaftsministerium im Gespräch. Für uns Bürger bedeutet dies ein unüberschaubares Risiko, denn wer wird künftig für das deutsche Höchstspannungsnetz verantwortlich zeichnen? Wer verhindert ein unkontrollierbares Ansteigen der Strompreise?

Der Stromhandel an der Börse treibt bereits ungehindert seine Blüten, die Ausweitung des Emissionshandels mit CO₂-Zertifikaten verhindert realen Klimaschutz und wird zu steuerbetrügerischen Machenschaften missbraucht.

Für die Großindustrie fehlt der finanzielle Anreiz sich mit dem Thema Energieeffizienz zu befassen, solange hoher Stromverbrauch mit Befreiung (zumindest Reduzierung) von Netzentgelten und EEG-Umlage belohnt wird. Ökologische Ausgleichsmaßnahmen für eigene Versäumnisse reduzieren weder die CO₂-Emissionen noch wird dadurch der Klimawandel gestoppt.

Marktentwicklung

Dem Zielsystem der Energiewende folgend, kann der Auftrag nur heißen: 100%ige Versorgung mit Erneuerbaren Energien. Der Elektrifizierung wird dabei eine zentrale Rolle zukommen, doch Stromleitungen können Energie nur räumlich, nicht zeitlich verschieben. Die Preise für inzwischen marktreife und zeitnah integrierbare Speichersysteme fallen kontinuierlich und es ist unverständlich, warum dies nicht ausreichend in der Netzplanung berücksichtigt wird.

Die Wissenschaft hat sich eindeutig zum Klimawandel positioniert und sieht nur in der Einleitung von Sofortmaßnahmen die Chance, in Zukunft Umweltkatastrophen zumindest einzudämmen.

Die Forschung setzt bereits Meilensteine für eine nachhaltige und effiziente Energienutzung. Die Technik überzeugt mit neuen Technologien für den jeweiligen Energiesektor. Die Industrie geht (zumindest auf Druck) inzwischen diesen Weg mit und findet Lösungsansätze auch bei energieintensiven Produktionsanlagen.

Nur die Politik steht den Entwicklungen nach wie vor zögerlich gegenüber und lässt den konsequenten Willen zu Innovation und Fortschritt vermissen und verspielt damit die Chance den Wirtschaftszweig EE für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu nutzen. Sie lässt sich von den bekannten Marktführern bereitwillig erpressen, obwohl es ein „Weiter so“ nicht geben kann. Die Bundesnetzagentur versäumt es eine notwendige Umstrukturierung der eigenen Behörde einzufordern und beruft sich stattdessen auf die angeblich bewährte gute Partnerschaft mit den Übertragungsnetzbetreibern.

Sektorenkopplung für eine Optimierung des Energiebedarfs, Modernisierung des bestehenden Verteilnetzes und intelligente Verfahren zur Vermeidung von Verbrauchsspitzen könnten den Netzausbau reduzieren. Die norddeutschen Bundesländer setzen inzwischen auf Wasserstoff und erklären in einem viel beachteten Strategiepapier: *„Der Aufbau einer grünen Wasserstoffwirtschaft hat nicht nur eine bedeutende ökologische (Energiewende, Klimaschutz, Luftreinhaltung, Lärminderung), sondern auch eine ökonomische (Wertschöpfung, Standortsicherung, Unternehmensgewinne, Steuereinnahmen) und soziale Dimension (Arbeitsplätze)“* Im NEP finden diese Entwicklungen hingegen keine angemessene Beachtung. Der Bundesrechnungshof rechnet inzwischen mit Kosten bis zu 85 Milliarden Euro für den derzeit geplanten Netzausbau. Geld, das für die tatsächliche Umsetzung der Energiewende fehlen wird.

Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltschutz, sind die drei wesentlichen Faktoren einer zukunftsfähigen Energie- und Klimapolitik. Doch ohne ein sinnvolles und gut koordiniertes Projekt- und Prozessmanagement wird die Energiewende nicht gelingen. Unsere bisherige Intention an Konsultationsverfahren teilzunehmen begründete sich in dem festen Willen, nicht nachvollziehbare Entscheidungen zu hinterfragen und offensichtlichen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken. Da unsere Kritik am Netzentwicklungsplan bisher ohne nennenswerte Beachtung blieb, werden wir in Zukunft andere Wege suchen, um unseren Bedenken Gehör zu verschaffen.

Um den gesellschaftlichen Frieden nicht zu gefährden, sind alle Verantwortlichen aufgefordert endlich eine umweltbewusste Energiepolitik einzuleiten, deren Ziel es sein muss, eine bezahlbare und sichere Energieversorgung für alle zu gewährleisten.

Der Vorstand
Bundesverband der Bürgerinitiativen gegen SuedLink

Verbandssprecher/innen

Hessen: Maria Quanz, Veronika Papenhagen-Stannick, Erdmuthe Hoefl

Bayern: Richard Bethmann

Niedersachsen: Siegfried Lemke

Thüringen: Birgit Ammon

kontakt@bundesverband-gegen-suedlink.de